

30.09.2015

Entschließungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum Antrag der Fraktion der Piraten „Schutzsuchende ans Netz – freien und offenen Internetzugang in den Erstaufnahme- und zentralen Unterbringungseinrichtungen bereitstellen“ (Drucksache 16/9784)

Digitale Teilhabe auch für Flüchtlinge sicherstellen!

I. Ausgangslage

Nach einem langen und beschwerlichen Weg haben Menschen, die auf der Flucht vor Verfolgung und Not nach Nordrhein-Westfalen kommen, das berechtigte Bedürfnis nach Kommunikation mit ihren Angehörigen in ihrer Heimat. Smartphones und Internetnutzung ermöglichen dies insbesondere und erleichtern aber auch die Integration vor Ort. So können Geflüchtete lokale Angebote nutzen, sich sowohl untereinander als auch mit Helferinnen und Helfern vernetzen oder sprachliche Barrieren überwinden.

Telekommunikationsanbieter wie die Deutsche Telekom helfen dabei, digitale Teilhabe in den Landeseinrichtungen sicherzustellen. Die Landesregierung befindet sich in intensiven Abstimmungsprozessen, damit möglichst viele Einrichtungen in NRW profitieren können. Einen größeren Anteil leisten derzeit auch Freifunk-Initiativen, die Einrichtungen bspw. in Witten, Paderborn, Dortmund und Schöppingen mit WLAN versorgen.

II. Der Landtag beschließt

1. Der Landtag begrüßt die Initiativen der Telekommunikationswirtschaft, bei der Versorgung von Flüchtlingseinrichtungen mit WLAN mitzuwirken.
Der Landtag fordert die Landesregierung auf, weiter auf eine zeitnahe und bedarfsgerechte Versorgung der Flüchtlingseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen mit Internet-

Datum des Originals: 30.09.2015/Ausgegeben: 30.09.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

- zugängen hinzuwirken, die kostenfrei, zeitlich unbeschränkt und ohne namentliche Registrierung genutzt werden können.
2. Die Landesregierung wird gebeten, für alle Regelunterbringungseinrichtungen eine Versorgung mit kostenfreien W-LAN-Hotspots als Standard vorzusehen.
 3. Der Landtag würdigt das Engagement der Freifunkerrinnen und Freifunker für Flüchtlinge. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Freifunk-Initiativen in ihrem Einsatz zu unterstützen. Soweit privatwirtschaftliche Akteure in die Versorgung von Flüchtlingseinrichtungen einbezogen werden, sollten Freifunk-Initiativen hierdurch nicht in ihrem Engagement beschränkt werden.

Norbert Römer
Marc Herter
Thomas Stotko

und Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh
Sigrid Beer
Matthi Bolte
Monika Düker

und Fraktion